



© fotogehle/adev

Mehrere Fliegen auf einen Schlag: Die von der SP initiierte Förderabgabe zur Nutzung erneuerbarer Energien – das Bild zeigt eine Solaranlage in Liestal – hilft, neue Arbeitsplätze zu schaffen, wodurch wiederum zusätzliche Steuereinnahmen generiert werden.

## KLIMAWANDEL UND ENERGIEPOLITIK

# Was bewegt sich in der Baselbieter Politik?

**Während die Gletscher in unseren Alpen besorgniserregend rasch schmelzen, ist im Baselbiet, wenn es um Klimaschutz und Energiepolitik geht, seit der «Energiesitzung», die am 1. November 2007 auf Antrag der SP einberufen worden war, ebenfalls Tauwetter spürbar.** Thomas Bühler

Etlliche Anliegen der SP in dieser Thematik – früher oft nur von den Grünen mitgetragen – finden vermehrt auch Unterstützung bei bürgerlichen Parteien und der Regierung. Dies beweisen zum Beispiel die «Energiesitzung» oder die verschärften energetischen Vorschriften für Neubauten.

Bei jener denkwürdigen Energiegedebatte wurde auch eine parlamentarische Initiative der SP für eine «Förderabgabe auf Strom» überwiesen. Doch schon bald zeigte sich, dass der Widerstand bürgerlicher Kreise so gross war, dass der Weg zwingend über eine Volksabstimmung mit zweifelhaftem Ausgang geführt hätte. Um möglichst rasch Fördermittel zu Gunsten erneuerbarer Energien und Gebäudesanierungen auslösen zu können, brachte die SP als Kompromissvorschlag die Idee eines längerfristigen Verpflichtungs-

kredits mit Schwergewicht «Sanierung von Altbauten» ins Spiel. Dies mit dem Ziel, dass – ergänzend zu Förderprogrammen des Bundes, einzelner Gemeinden und Energiedienstleister – für die kommenden zehn Jahre 50 Mio. Franken eingesetzt werden können.

Diese Vorlage ist meines Erachtens ein Meilenstein in der (jüngeren) kantonalen Energiepolitik, weil sie eine selten einmütige Akzeptanz gefunden hat und nach erfreulich speditiver Behandlung durch Verwaltung und Politik nun bereits anfangs 2010 in Kraft gesetzt werden kann. Es zeigt sich, dass mit diesem Förderprogramm eine klassische Win-win-Situation geschaffen werden konnte. Dies sowohl für die Gesuchsteller/Investoren (durch die Unterstützung von Gebäudesanierungen oder die Förderung von Projekten zur Nutzung erneuerbarer Energien) als

auch für regionale KMU-Betriebe (Arbeit und Aufträge bleiben in der Region). Vor allem aber können mit relativ geringen Beiträgen aus Steuermitteln mittelfristig in unserem Kanton grosse klimarelevante Verbesserungen erzielt werden.

Aber auch konjunkturpolitisch kommt die Förderabgabe im richtigen Augenblick: Dank regionaler Wertschöpfung werden auch Arbeitsplätze erhalten respektive neu geschaffen und es lassen sich dementsprechend wieder Steuererträge für die öffentliche Hand generieren.

Es gilt nun auf Stufe Bund für eine Aufhebung des «Förderdeckels» bei der «kostendeckenden Einspeise-Vergütung» zu kämpfen und allenfalls ergänzend auch kantonale Mittel zur Verfügung zu stellen, wie dies der Kanton Basel-Stadt bereits tut. Im Kanton Baselland stehen noch etliche energiepolitische Vorlagen auf der Agenda der nächsten zwei Jahre (zum Beispiel Revision Energiegesetz, Neuausrichtung Motorfahrzeugsteuern). Die SP-Fraktion des Baselbieter Landrates wird auf alle Fälle «dran bleiben»!

## KOMMENTAR

### Vorwärts in der Energiepolitik!

Das Beispiel der Förderabgabe zeigt, dass nach Jahren der Stagnation selbst in die Basel-



bieter Energiepolitik wieder Bewegung gekommen ist. Auch gesamtschweizerisch zeigen sich erste Erfolge. So

hat die Einführung von Einspeisevergütungen in der Schweiz allein in der kurzen Zeit von Mai 2008 bis Januar 2009 zur Folge gehabt, dass neue Projekte in einem Umfang angemeldet wurden, dass ein ganzes AKW von der Grösse Mühleberg (355 MW) ersetzt werden kann. Doch das reicht nicht. Denn auch die Bremsmanöver setzen bereits wieder ein. Zum Beispiel wenn regionale Stromversorger in veraltete und klimafeindliche Kohlen- oder Atomkraftwerke investieren. Oder wenn die Baselbieter Regierung der Initiative «Weg vom Öl» einen unbrauchbaren Gegenvorschlag entgegenstellt. Wenn wir uns ernsthaft um die Realisierung der 2000-Watt-Gesellschaft – basierend auf 100 Prozent erneuerbaren Energien – bemühen wollen, müssen wir mehr tun. Und wir tun es auch. Zum Beispiel mit der im Oktober vom Parteitag in Auftrag gegebenen Initiative «Neue Arbeitsplätze dank erneuerbaren Energien». Damit kann die SP politisch punkten und sich als die kompetente und initiative Partei in Sachen Energie-, Klima- und Arbeitsplatzpolitik positionieren.

Thomas Bühler ist SP-Landrat und Mitglied der Umwelt- und Energiekommission.

KASERNE BASEL

# Mutiger Schritt für die Zukunft

**Die Kaserne Basel ist einer der bedeutendsten Spielorte für die freie Musik-, Theater- und Tanzszene und mit ihrer knapp dreissigjährigen Geschichte kaum mehr aus Basel wegzudenken. Unzählige lokale Gruppen und viele grosse Namen aus der Schweiz und der halben Welt traten in der Kaserne auf und sorgten für unvergessliche Abende.** Martin Lüchinger

Seit ihrer Gründung 1980 hat die «Kulturwerkstatt Kaserne» bewegte Zeiten durchlebt. So wie sie an den wechselnden Herausforderungen gewachsen ist, so sind auch die Ansprüche des Publikums und die der auftretenden Kunstschaffenden gestiegen. Die vielen Diskussionen, die geführt wurden, gehören zu einem solchen Haus, damit Neues entstehen kann und kulturelle Entwicklungen aufgenommen werden können.

Mit dem Antrag des Regierungsrates, die Subventionen von Basel-Stadt nun moderat zu erhöhen, steht die Kaserne an einem wichtigen Wendepunkt ihrer langen und bewegten Geschichte. Denn je länger, desto mehr fehlten in der Vergangenheit die finanziellen Mittel, um mit der Entwicklung Schritt halten zu können. Zwar konnte die finanzielle Situation nach dem abrupten Abgang von Eric Barth 2003 konsolidiert werden. Die strukturelle Unterfinanzierung

verhinderte aber, unter den sich wandelnden Bedingungen einen profilierten Kulturbetrieb zu gestalten, weil kaum Produktionsmittel vorhanden waren. Für die meisten Produktionen mussten stets Drittmittel akquiriert werden, was den Spielraum bei hohem Risiko massiv einengte. Unter diesen schlechten Voraussetzungen litt der Kulturbetrieb und die Kaserne verlor als Aufführungsort und Ko-produktionspartner an Bedeutung, insbesondere in den Bereichen Theater und Tanz.

## **Bedeutung für Basel und für die Entwicklung des Areal**

Mit der beantragten Subventionserhöhung wurde dieser Missstand nun erkannt. Wird diese Erhöhung nun von allen Seiten mit unterschiedlichen Argumenten in Frage gestellt, wird dabei die Bedeutung der Kaserne für das kulturelle Leben der Stadt und insbesondere für die freie Musik-, Theater- und Tanzszene verkannt. Neben den etablierten Kulturhäusern in Basel

braucht es Freiräume, in denen Experimente Platz haben und neue Formen des Kulturschaffens entwickelt werden können. Dazu braucht es eine weitere Professionalisierung, um auf der Kulturlandkarte der Region Basel und der Schweiz bestehen zu können.

Die Kaserne ist ein wichtiger Veranstaltungsort, wo sich die lokalen Kulturschaffenden dem einheimischen Publikum präsentieren können. Die regionale Kulturförderung wird obsolet, wenn der Grossteil der Gruppen mit ihren neuen Produktionen in Zürich oder Bern herauskommt und nur noch hie und da für ein Gastspiel in Basel auftritt. Umgekehrt ist es ebenso wichtig, dass Basel im Verbund mit den anderen Schweizer Städten einen Veranstaltungsort anbieten kann, der ein breites Publikum an sich binden kann. Dies sind wir dem Basler Publikum wie auch der freien Schweizer Kulturszene schuldig. Es braucht für die Erhö-

hung der Subvention, damit diese Verantwortung von der Kaserne in Zukunft wieder besser wahrgenommen werden kann. Die Kaserne ist ein Ort des Nachwuchses und ein anregendes Schaufenster auf das internationale, neue Kunstschaffen. Die Kaserne ist auch ein unentbehrliche Partner und Verstärker für zahlreicher anderer Basler Kulturveranstalter, wie zum Beispiel das «Wildwuchs»-Festival, «Culturescapes», «Treibstoff» oder die Tanztage Basel und hoffentlich bald wieder auch für das Theaterfestival Basel.

Mit dem bevorstehenden Auszug der Fachhochschule für Kunst und der Schule für Brückenangebote im Jahr 2012 eröffnet sich die Chance, das gesamte Kasernenareal zu einem lebendigen Ort im Kleinbasel zu entwickeln. Damit dies gelingt, braucht es aber einen starken Kulturbetrieb Kaserne, der das Areal ganzjährig bespielt und belebt und die Leute zu mehr als nur zum Biertrinken anzuziehen vermag. Ein Durchbruch zum Rhein, wie er schon seit Jahren gefordert wird, würde die Chancen



Seit ihrer Gründung vor 30 Jahren hat die Kulturwerkstatt Kaserne bewegte Zeiten erlebt. Heute ist sie aus dem basel-städtischen Kulturangebot kaum mehr wegzudenken.

für das Areal enorm erhöhen. Mit einer direkten und grosszügigen Verbindung zum Rhein hin könnte in Basel ein für die ganze Stadt sehr attraktiver neuer Brennpunkt entstehen. Nicht zuletzt beansprucht Basel für sich, eine lebendige Stadt zu sein, mit einem Kulturangebot, das junge Leute ansprechen will. Will sich Basel als Universitäts- und Fachhochschulstandort weiterentwickeln, so muss es auch für ein Kulturangebot besorgt sein, das junge und neugierige Leute zu begeistern vermag.

#### Ideale Voraussetzungen

Die vom Präsidentsdepartement in Auftrag gegebene, professionelle und unabhängige Betriebsanalyse weist für die Kaserne Basel ein klares strukturelles Defizit nach und stellt zudem eindeutig fest, dass der Kaserne in der jetzigen Situation keine Programmfelder zur Verfügung stehen. Der Verfasser der Studie schlägt daher eine moderate Subventionserhöhung vor. Gestützt auf diese unabhängige Expertenmeinung sind die Voraussetzungen geschaffen worden, den notwendigen und begründeten Erhöhungsantrag zu stellen. Zudem hat die Kaserne mit der Leiterin Carena Schlewitt eine profilierte Programmmanagerin, die sachlich politisiert und genau weiss, was sie will und was für die Kaserne auch leistbar ist. Sie ist in Basel bestens vernetzt und hat in der kurzen Zeit, seit sie die Leitung übernommen hat, bewiesen, welches Potenzial in der Kaserne steckt. Carena Schlewitt und ihr Team sind eine Idealbesetzung für die Kaserne, dies zeigen ihre geschickten Planungen und Projekte, die sie künstlerisch alle an den Puls der Zeit gesetzt hat und die mit hoffnungsvollen Zahlen abgeschlossen haben. Nun braucht es den Mut und die Zuversicht, diese Chance zu packen. Mit einer moderaten Subventionserhöhung kann die Stadt Basel beweisen, wie viel ihr an der kulturellen Zukunft liegt.



**Martin Luchinger** ist Präsident und Grossrat der SP Basel-Stadt sowie Mitglied der Bildungs- und Kulturkommission BS.



Solange die Bürgergemeinde der Stadt Basel Arbeitgeberin für rund 1500 Angestellte ist, ist es für die SP Pflicht, im Bürgergemeinderat (Bild), in den Kommissionen und im Bürgerrat durch eine starke Vertretung für gute und gerechte Arbeitsbedingungen zu sorgen.

## Alter Zopf! Alter Zopf?

**Im Anschluss an die Bürgergemeinderatssitzung vom 15. September hat der Bürgerrat über den aktuellen Stand des laufenden Strategieentwicklungsprozesses der Bürgergemeinde Basel informiert. Ein Statement eines Fraktionsmitglieds der Liberalen in der Diskussionsrunde liess aufhorchen: Sollte man nicht, statt nach neuen Strategien und Aufgaben Ausschau zu halten, sich wieder einmal grundsätzlich über Sinn und Zweck der Bürgergemeinde unterhalten? Ein liberaldemokratischer Appell, einen vermeintlich alten Zopf abzuschneiden?** Lukas Hartmann-Batschelet

Dies gibt wieder einmal Gelegenheit, auf die Geschichte der Basler Bürgergemeinde zurückzublicken. In der Tat ist es so, dass sie ihre Entstehung gerade dem Abschneiden alter Zöpfe verdankt: Unter dem Druck der Totalrevision der Bundesverfassung von 1874 musste Basel den letzten Schritt zu einer im modernen Sinn demokratischen Staats- und Regierungsform machen und sich von noch auf mittelalterliche Wurzeln zurückgehenden Strukturen verabschieden. Im Mai 1875 trat die neue Basler Kantonsverfassung in Kraft. Die Konservativen, die immer noch am Aufgehen der unabhängigen Stadtrepublik Basel im 1848 gegründeten Bundesstaat zu beissen hatten, mussten ihre Führungsrolle für die nächsten Jahrzehnte an den Freisinn, die damals progressive politische Kraft, abgeben. Den Zünften wiederum wurden ihre Verwaltungsaufgaben und ihre Funktion als Wahlgremium abgesprochen,

sie verloren ihre (direkte) politische Macht. Mit erstaunlich wenig politischer Gegenwehr wurde «treu Gehütetes beinahe schmerzlos und ohne viel Aufhebens»<sup>1</sup> fallen gelassen.

Quasi als Nebenprodukt dieser Verfassungsänderung entstand die Bürgergemeinde, der im Vergleich zur alten Stadtgemeinde weitgehend eingeschränkte Rechte zuerkannt wurden: Ihr blieben die mit Basels Bürgerschaft eng verbundenen Institutionen des Bürgerspitals, des Fürsorgeamtes und des Waisenhauses, die Aufsicht über die E. Zünfte und E. Gesellschaften sowie – «ein letzter Abglanz der früheren Macht»<sup>2</sup> – die Zuständigkeit für die Erteilung des Basler Bürgerrechts. Dieser Prozess ging allerdings weit weniger ruhig über die politische Bühne, vor allem was die finanzielle Ausstattung der neu geschaffenen Institution betraf: Erst auf Intervention einer eigens eingesetzten Grossratskommissi-

on konnte zwischen Regierungsrat und Stadtrat eine Einigung erzielt werden, die im Ausscheidungsvertrag vom Juni 1876 mündete und Struktur sowie Aufgaben der Bürgergemeinde definierte. Dieses Vertragswerk weist eine für die Bürgergemeinde fatale Schwäche auf: Der neuen Institution wurden keine Steuererhebungskompetenzen zuerkannt, sie konnte also auf Dauer die ihr übertragenen Aufgaben nicht aus eigenen Mitteln finanzieren. Das änderte sich auch nicht mit der finanziellen Unterstützung durch die 1886 ihre Arbeit aufnehmende Christoph Merian Stiftung, die Bürgergemeinde war und ist auf staatliche Beiträge angewiesen.

Dass einzelne Mitglieder der Bürgergemeinde, Angehörige einer Basler Schicht, die lange noch den Verhältnissen des «Ancien Régime» nachtrauerten, unter ihrer Rolle als kleine Schwester der Kantonsregierung litten und Animosität- >

**HINTERBANK****Susi Weltmeister!**

Das war ja supi, die Schweiz wurde am 15. November 2009 Fussball-Weltmeister. Die Ausländer mit den roten «Liibli» waren für uns, die Ausländer mit den grünen «Liibli» waren für Nigeria. Auf den ersten Blick war ich erstaunt, dass die Secondos neben dem Bau von Minaretten und dem Drogenhandel auch noch Zeit zum Fussballspielen finden, aber erfreulicherweise hat Signore Antonio Bortoluzzi mir dann in der Arena erklärt, dass der glorreiche Sieg nicht das Verdienst der Secondos in den roten «Liibli» war, sondern nur auf die ungebrochene, neutrale, wehrhafte, demokratische und unabhängige Jugendförderung des Schweizerischen Fussballverbandes zurückzuführen ist. Wie dem auch sei, ich bin froh, dass die Schweiz nun zu den Grossen der Fussballwelt gehört. Genau eine Woche später wurde die Schweizer Beachsoccer-Mannschaft Vize-Weltmeister. Bei 17 Grad Ende November schlürfte ich auf dem Balkon meine Caipirinha und bewundere meine südländischen, braungebrannten Nationalhelden, wie sie auf heissem Sand die Schweiz stolz machen. Diese Mischung aus Klimawandel und Integration tut meiner Seele gut. Die Mediterranität hat die Schweiz voll erfasst, nicht nur, dass wir jetzt auch Fussball spielen können, wir haben sogar unser Organisationsgen verloren. Die durchorganisierte Schweiz, deren innerer Kitt aus einer unendlichen Reihe von Excel-Tabellen besteht, bringt es nicht fertig, den Schweizer Impfstoff in der Schweiz zu verteilen. Bin ich froh, dass die Schweinchen-grippe nur ein Werbegag der Pharmaindustrie war. Man stelle sich vor, es wäre etwas Ernstes gewesen und wir hätten das so lausig, südländisch organisiert!

Susi Hinterbank

< ten entwickelten, mag folgende historische Marginalie erhellen. Im Juli 1955 musste der Grosse Rat folgende Interpellation eines Mitglieds der liberalen Fraktion begründen: Warum kein Vertreter der Bürgergemeinde zum offiziellen Empfang des Londoner Lord Mayors eingeladen worden sei? Die Begründung können wir uns ersparen: 2002 jedoch, ein knappes halbes Jahrhundert später – die Regierung hatte offenbar ihre Lektion gelernt –, wird der amtierende Lord Mayor of London nicht nur im Rathaus, sondern auch im Stadthaus von den Spitzen der Bürgergemeinde zu einem offiziellen Staatsbesuch begrüsst und empfangen.

Progressiveren Kräften im Weiteren Bürgerrat, dem heutigen Bürgergemeinderat, ist es zu verdanken, dass 1958 die Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts in bürgerlichen Angelegenheiten zur Abstimmung kam (zur Erinnerung: Auf kantonaler Ebene wurde das Frauenstimmrecht erst 1966 eingeführt!). Die Vorlage wurde mit einem deutlichen Mehr angenommen: Die Bürgergemeinden von Riehen und Basel waren somit die ersten Deutschschweizer Gemeinwesen mit Frauenstimm- und -wahlrecht. Es dauerte dann aller-

dings noch ein gutes Dezennium, bis 1969 mit Salome Christ eine Frau Präsidentin des Weiteren Bürgerrats und damit Vorsitzende der Basler Bürgergemeinde wurde.

Die 2008 als schmerzhaft empfundene Ablösung der Sozialhilfe von der Bürgergemeinde zum Kanton stellt kein einmaliges Ereignis dar, schon 1972 wurden die Universitätskliniken an den Kanton abgetreten, was als Verlust eines wichtigen Teils der Aufgaben der Bürgergemeinde empfunden wurde. Und auch wenn heute aus Kreisen der Liberaldemokraten ein grundsätzliches Überdenken von Sinn und Zweck der Bürgergemeinde verlangt wird, hat das seine historische Entsprechung: Gegen Vorstösse zur Aufhebung der Bürgergemeinde sprach sich jedoch vor genau 50 Jahren, 1959, der Grosse Rat, dem Regierungsrat folgend, aus. Auch die hitzigen Diskussionen für oder gegen die Bürgergemeinde im Verfassungsrat, der die Vorarbeiten zur jetzt gültigen Kantonsverfassung von 2005 leistete, endeten mit einem Bekenntnis zur Bürgergemeinde.

Die Bürgergemeinde ein alter Zopf? Gegen diesen Vorwurf wehrt sie sich in den letzten Jahren, indem sie sich nicht nur moderne

Verwaltungsstrukturen, sondern auch einen zeitgemässen visuellen Auftritt zu geben versucht. Schwierig wird es sein, den Verlust der Sozialhilfe mit neuen vom Kanton zu übernehmenden Aufgaben zu kompensieren. Für die SP stellt sich jedoch zurzeit nicht die Frage nach der Berechtigung der Bürgergemeinde: Solange diese Arbeitgeberin für gegen 1500 Angestellte ist, muss die SP durch ihre Präsenz im Bürgergemeinderat, in den Kommissionen und im Bürgerrat durch eine starke Vertretung für gute und gerechte Arbeitsbedingungen sorgen! Um das zu erreichen, müssen wir gestärkt aus den Wahlen vom Frühjahr 2011 hervorgehen, und dazu brauchen wir die Mithilfe aller progressiven Basler Bürgerinnen und Bürger ...

1 Teuteberg, René, Basler Geschichte, Basel, 1986, S. 335  
2 ebd., S. 335 f

[www.basel-stadtbuch.ch](http://www.basel-stadtbuch.ch)  
[www.buergergemeindebasel.ch](http://www.buergergemeindebasel.ch)



**Lukas Hartmann-Batschelet**

vertritt die SP seit 2008 im Bürgergemeinderat.

Auf dem Parteisekretariat der SP Baselland ist per 1. Februar 2010 oder nach Vereinbarung eine neu geschaffene Stelle als

### **politische Parteisekretärin oder politischer Parteisekretär (50 – 70 %)**

zu besetzen.

Zu den Aufgaben gehören die interne und externe Kommunikation, das Organisieren von Abstimmungs- und Wahlkampagnen, die Mitarbeit in Gremien und Arbeitsgruppen der Partei sowie administrative Aufgaben. Die definitive Zuordnung der Aufgaben im Sekretariats-team wird auf Grund der individuellen Fähigkeiten und Erfahrungen vorgenommen.

Sie bringen mit: Eigeninitiative, rasche Auffassungsgabe, sehr gute EDV-Kenntnisse, Erfahrung in administrativen und organisatorischen Aufgaben, Belastbarkeit und Fähigkeit zur Prioritätensetzung, Bereitschaft zu flexiblen Arbeitszeiten, Sicherheit in der Formulierung von Texten, offene Kommunikation und Kontaktfreudigkeit, Vertrautheit mit politischen Fragen und Verbundenheit mit der SP.

Für Auskünfte stehen Ihnen der Parteipräsident, Martin Rüegg, Telefon 061 981 51 76, oder der Parteisekretär Ruedi Brassel, Telefon 061 921 91 71, zur Verfügung. Bewerbung bis zum 17. Dezember 2009 an: SP Baselland, Martin Rüegg, Postfach 86, 4410 Liestal.

**AGENDA**

Donnerstag, 3. Dezember  
**Partei Vorstand SP Basel-Stadt**  
Gewerkschaftshaus, Grosse Saal, 1. Stock, 20 Uhr

Donnerstag, 10. Dezember  
**Delegiertenversammlung der SP Basel-Stadt**  
Restaurant zum Alten Warteck, Clarastrasse 59, Schaladersaal, 20 Uhr

Mittwoch, 6. Januar  
**Parteiabend der SP Basel-Stadt**  
Landgasthof Riehen, Bürgersaal, 18.30 Uhr

**HeuBar, für GenossInnen und solche, die es werden wollen. Polit-Diskussionen, Klatsch und Gespräche.**

Immer am ersten Mittwoch im Monat von 18 bis 21 Uhr